

Niederschrift

über die 2. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, 15. Dezember 2009, 16.00 Uhr, im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstraße

Anwesend:

Dr. J. Korsten
I. Bartholomäus
C. Bleichert
U. Brand
D. Busch
P. Ebbinghaus
R. Ebbinghaus
H. Enneper
K.-H. Fischer
D. Graß
M. Grüterich
K. Haselhoff
B.-E. Hoffmann
O. Jung
T. Klee
R. Kötter
R.-U. Krapp
T. Lorenz
K.-D. Lunderstädt
Dr. A. Michalides
A. Müller
H. Nahrgang
W. Nowara
A. Pizzato
S. Plasberg-Keidel
Dr. J. Rieger
R. Röhlig
T. Ronsdorf
B. Rüggeberg
R. Schäfer
C. Schlüter
S. Schlüter
A. Schröder
R. Schulte
D. Stark
K. Steinmüller
M. Tissarek
G. Uellenberg
F. Ullmann
A. Verhees
C. Viebach
A. Vogt
G. Weber
Dr. J. Weber
H. Weiss

Bürgermeister

bis 20 Uhr, ab TOP 18

Von der Verwaltung:

U. Butz
J. Gottlieb
R. Meskendahl
F. Nipken

	R. Voß C. Grimlowski	Schriftführer
Gäste:	Herr R. Schneider und Herr I. Lormes	Fa. S-M-M zu TOP 19

Tagesordnung (geändert)

(Öffentlicher Teil):

1. Niederschrift über die 1. Sitzung des Rates der Stadt vom 27.10.2009 (öffentlicher Teil)
2. Ehrung der Stadtältesten
3. Informationen des Bürgermeisters
4. Einwohnerfragestunde
4. a) Antrag der AL-Fraktion vom 01.12.2009: Änderung des Auftragsvolumens für den sogenannten „Lupenraum Ülfabad“
4. b) Antrag der AL-Fraktion vom 01.12.2009: Berichterstattung über die wirtschaftliche Lage der Bäder GmbH und Entflechtung der Stadtwerke GmbH und Bäder GmbH
4. c) Antrag der AL-Fraktion vom 01.12.2009: Untersuchungsauftrag Schulbusverkehr
5. Haushalt 2010; Haushaltssicherungskonzept 2010 - 2013
6. Gebühren für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen 2010
7. Straßenreinigungsgebühren für das Jahr 2010
8. Neufassung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Radevormwald über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)
9. Gebührensatzung Abfallentsorgung 2010
10. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
11. Bebauungsplan Nr. 99 – Gewerbegebiet Ost, Teilabschnitt 4; Bereich nordwestlich Feldmannshaus
 - a) Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung erfolgte Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände im Oberbergischen Kreis, eingegangen am 21.04.2009
 - b) Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung erfolgte Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises, eingegangen am 28.04.2009

- c) Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung erfolgte Stellungnahme des Amtes für Bodendenkmalpflege, eingegangen am 22.05.2009
 - d) Abwägung und Beschluss über die während der Behördenbeteiligung erfolgte Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises, eingegangen am 21.07.2009
 - e) Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung erfolgte Stellungnahme des Landesbetriebes Wald und Holz NW, eingegangen am 07.08.2009
 - f) Bericht über die eingeschränkte und verkürzte Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes, Abwägung und Beschluss über die Stellungnahme des Oberbergischen Kreises, eingegangen am 08.10.2009
 - g) Satzungsbeschluss
12. 2. Änderung der Friedhofsatzung
13. Feststellung der Gültigkeit der Kommunalwahl vom 30.08.2009
14. Besetzung der Ausschüsse und Gremien
15. Über-/außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
- a) Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Brandschutzmaßnahmen des Theodor-Heuss-Gymnasiums
 - b) Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Ausgaben 2009
16. Genehmigung von Haushaltsmitteln im Haushaltsjahr 2010
- a) Straßenbau im Bebauungsgebiet Loh'sche Weide
 - b) Jahresvertrag Straßenunterhaltung für die Jahre 2010 – 2013
17. Mitteilungen und Fragen

(Nichtöffentlicher Teil):

18. Niederschrift über die 1. Sitzung des Rates der Stadt vom 27.10.2009 (nichtöffentlicher Teil)
19. Zukünftige Gesellschaftsstruktur der Stadtwerke GmbH
20. Niederschlagung von Forderungen
- a) „GWG“ Wohnungsgenossenschaft Radevormwald eG
 - b) „GWG“ Wohnbau-Grundstücks- und Verwaltungs-GmbH
21. Grundstücksangelegenheiten
hier: Kaufpreisbindung für die Baugrundstücke im Bebauungsgebiet Loh'sche Weide
22. Stundung von Kanalanschlussbeiträgen
23. Mitteilungen und Fragen

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird einvernehmlich festgelegt, die nachträglich eingegangenen Anträge der AL-Fraktion unter TOP 4 a), b) und c) zu behandeln.

(Öffentlicher Teil:)

1. Niederschrift über die 1. Sitzung des Rates der Stadt vom 27.10.2009 (öffentlicher Teil)

Der Rat der Stadt nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

Herr Ebbinghaus moniert, dass die zur Verfügung gestellten Unterlagen zum Geschäftsbericht des Hallenbades nicht vollständig gewesen seien, worauf der Bürgermeister erklärt, dass alle Herrn Meskendahl vorliegenden Unterlagen herausgegeben worden sind.

2. Ehrung der Stadtältesten

Nach der Verlesung des Textes der Urkunden durch den Bürgermeister werden Frau Renate Greif, Frau Erni Huckenbeck und Herrn Ludwig Witasek die Urkunden ausgehändigt.

3. Informationen des Bürgermeisters

- a) Herr Dr. Korsten erklärt, dass Radevormwald durch den günstigen Erwerb eines Anteiles inzwischen Gesellschafter der GTC („Gründer- und Technologiezentrum Oberberg“) mit Sitz in Gummersbach geworden ist.
- b) Der Bürgermeister erläutert die Entwicklungen im Bereich „Shared Services“ und erklärt, dass der operative Aufbau der zentralisierten Einheiten begonnen habe und somit die Ratsbeschlüsse umgesetzt würden.

In Radevormwald ist inzwischen die zentrale Vergabestelle eingerichtet worden, die zentralkaufmännische Gebäudebewirtschaftung soll Hückeswagen eingeführt werden, das zentrale Forderungsmanagement hat seinen Sitz in Wipperfürth.

Die Umsetzung des Konzeptes ist zum 1. April 2010 vorgesehen.

4. Einwohnerfragestunde

Hierzu liegt ein Fragenkatalog mit 9 Fragen von Herrn Günter Schmale zum Thema Breitbandversorgung in den Wupperortschaften vor.

Die Fragen sind fristgerecht, aber nach der Versendung der Einladung eingegangen und liegen als Tischvorlage vor.

Herr Schmale trägt seine Fragen vor und geht dabei auf den Beschluss des Rates vom 16. Juni 2009 ein, in dem die Wirtschaftsförderungs-GmbH & Co. KG beauftragt worden ist, ein Machbarkeitskonzept zur Breitbandversorgung der Wupperorte zu erstellen. Er trägt danach seine Fragen vor.

Die Fragen werden von Bürgermeister Dr. Korsten beantwortet.

Er erklärt, dass aufgrund eines Ratsbeschlusses von Juni 2009 die Angelegenheit der WFG übertragen worden ist. Herr Meskendahl wird unter TOP 17 (Mitteilungen und Fragen) weitere Details zu diesem Thema berichten.

Der Bürgermeister führt aus, dass nicht nur die TK-Anbieter, sondern auch die Gemeinde zu wirtschaftlichem Handeln verpflichtet sei und bestätigt, dass bei vorhandenen Deckungslücken beim Breitbandausbau der Wupperorte die Stadt sich um Fördermittel bemühen wird. Für die Erlangung dieser Mittel ist aber eine Bedarfsermittlung zwingend notwendig.

Herr Dr. Korsten sagt ein unbürokratisches Handeln der Stadt Radevormwald im Falle einer etwaigen Bürgerbeteiligung beim DSL-Ausbau an der Wupper zu.

4. a) Antrag der AL-Fraktion vom 01.12.2009: Änderung des Auftragsvolumens für den sogenannten „Lupenraum Ülfabad“

Herr Ebbinghaus erläutert den Antrag und erklärt, dass auf das geplante Edelstahlgeländer auch aus Kostengründen verzichtet werden sollte.

Frau Gottlieb erläutert, dass – entgegen des Antragspunktes 2 von Herrn Ebbinghaus – der Auftrag bereits erteilt worden ist.

Aufgrund der Ausführung von Frau Gottlieb wird der Antrag zurückgezogen.

4. b) Antrag der AL-Fraktion vom 01.12.2009: Berichterstattung über die wirtschaftliche Lage der Bäder GmbH und Entflechtung der Stadtwerke GmbH und Bäder GmbH

Herr Ebbinghaus nimmt Stellung zu dem Antrag der AL-Fraktion.

Er erklärt, dass kein Dissens bestehen würde hinsichtlich der Beurteilung der Sachlage, da der Bürgermeister bereits im September 2009 auf die Risiken der rechtlichen Konstruktion von Bäder GmbH und der Stadtwerke GmbH hingewiesen habe.

Die AL-Fraktion habe beabsichtigt, mit der Einleitung von rechtlichen Schritten die Situation zu entschärfen, die Beurteilung der rechtlichen Situation sei ihr aber erst im Ausschuss für Eigenbetriebe und Beteiligungen am 8.12.2009 präsentiert worden. Danach seien die aufgrund der Organschaft erlangten Steuerersparnisse rückzahlungspflichtig, wenn der Gewinnabführungsvertrag nicht mindestens 5 Jahre besteht. Dies sei hier der Fall und würde nach Aussage des 1. Beigeordneten zur unmittelbaren Insolvenz der Bäder GmbH führen.

Da der AL-Fraktion nichts ferner liege, als den Verlust des städtischen Vermögens an den Stadtwerken heraufzubeschwören, verzichtet Herr Ebbinghaus auf Abstimmung über den Beschlussentwurf der AL-Fraktion in der Erwartung, dass die Verwaltung und alle Verantwortlichen Einsatzbereitschaft und den festen Willen zur Abwendung der drohenden finanziellen Misere von der Stadt erkennen lassen.

Herr Ebbinghaus geht auf die Berichterstattung über die wirtschaftliche Lage des Life-Ness ein; er ist der Meinung, dass sich Politiker und Verwaltungsmitarbeiter darauf verständigt hätten, die Krise zu leugnen.

Er erklärt weiter, dass sich nicht derjenige strafbar macht, der nach der wirtschaftlichen Entwicklung der Bäder GmbH fragt oder eine wirtschaftlich bewertete Mängelliste vorgelegt bekommen möchte. Er führt aus, dass derjenige Gefahr läuft, persönlich in Haftung genommen zu werden, der Bürgschaften und Verlustübernahmen beschließt, ohne den Versuch unternommen zu haben, sich über die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit dieser Beschlüsse im Klaren zu sein und verweist auf die Bestimmungen des § 43 Abs. 4 GO.

Herr Ebbinghaus führt aus, dass für die AL-Fraktion nun der Rechtsstreit aus dem Ausschuss für Eigenbetriebe und Beteiligungen hinreichend geklärt sei, und erklärt, dass sie an Beschlüssen nur mitwirken werde, sofern sie die Möglichkeit hatte, den Sachverhalt nach bestem Wissen und Gewissen beurteilen zu können. Herr Ebbinghaus fordert die Verwaltung auf, allen Ratsmitgliedern die notwendigen Informationen zu geben.

Herr Rüggeberg bezieht zu den Ausführungen von Herrn Ebbinghaus Stellung und bezeichnet den Antrag der AL als „dumm“.

Er führt aus, dass durch die Aussagen der AL die Bäder-GmbH einen schlechten Ruf habe und Angst bei den Mitarbeitern der Stadtwerke schüren würde.

Herr Rüggeberg erklärt, dass die Bäder-GmbH Gesellschafteranteile von 51 % an den Stadtwerken besitzt. Die Stadtwerke besitzen das Blockheizkraftwerk und erreichen damit einen technisch-wirtschaftlichen Verbund mit der Bäder-GmbH. Wenn man den hohen Verlust der Bäder-GmbH gegen die Gewinne der Stadtwerke aufrechnet, ergibt sich ein jährlicher steuerlicher Vorteil von ca. 400.000 €

Er führt an, dass der Verlustausgleich durch den Fiskus getragen werde und sieht keine Insolvenzgefahr der Bäder-GmbH.

Er geht auf die von Herrn Ebbinghaus geäußerten Vorwürfe gegen seine Person ein und wirft diesem Halbwissen vor und hofft, dass Herr Ebbinghaus lediglich Zusammenhänge nicht verstanden hat, ansonsten wären dessen Äußerungen eine Rufschädigung seiner Person.

Herr Rüggeberg bemängelt auch das Verhalten von Herrn Stark, das den Ruf des Rates schädigen würde, und freut sich, dass die AL-Fraktion ihren Antrag zurückgezogen hat.

Herr Ebbinghaus geht auf die Äußerungen von Herrn Rüggeberg ein, wirft diesem vor, Probleme zu vermischen, Dinge zu beschönigen und den Weg Richtung Life-Ness eingeschlagen zu haben.

Herr Stark bezichtigt Herrn Rüggeberg, falsche Behauptungen aufgestellt und ihn dadurch in ein schlechtes Licht gestellt zu haben. Er erklärt, dass die Verfahren noch nicht abgeschlossen seien und die Öffentlichkeit erfahren wird, wer die Schuldigen sind.

Herr Rüggeberg entgegnet, dass Herr Stark Aufsichtsratsvorsitzender war, als die Kosten explodierten. Er habe die hohen Gutachterkosten und Einnahmeverluste durch die Nichteröffnung des Bades zu verantworten.

An dieser Stelle erinnert der Bürgermeister an das Thema des Tagesordnungspunktes.

Frau Ebbinghaus führt aus, dass im Aufsichtsrat 9 Personen gesessen hätten, wirft Herrn Busch Verschleierungstaktik vor und bemängelt, dass bisher keine Zahlen auf dem Tisch liegen; sie erwartet die Berichterstattung vom Bürgermeister oder dem 1. Beigeordneten.

Herr Viebach äußert Freude darüber, dass die AL ihren Antrag zurück gezogen hat. Nach seinem Empfinden hätten SPD und AL bisher lediglich in die Vergangenheit geschaut, sollten nun aber auch in die Zukunft blicken und das Life-Ness positiv vermarkten.

Herr Müller führt aus, dass er die Rückzahlung der 3,2 Mio. € von den Schuldigen erwarte. Schuld sei nicht der Aufsichtsrat; er erwarte Rechenschaft darüber, wo das Geld geblieben sei.

An dieser Stelle erfolgt ein Antrag von Herrn Schulte für die CDU-Fraktion auf Beendigung der Debatte; es erfolgt eine formale Gegenrede durch Herrn Ullmann.

Über den Antrag von Herrn Schulte wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:	31 Ja-Stimmen	(16 CDU, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgerm.)
	13 Nein-Stimmen	(9 SPD, 3 AL, 1 fraktionslos)
	1 Enthaltung	(SPD)

Damit ist die Debatte zu TOP 4. b) beendet.

4. c) Antrag der AL-Fraktion vom 01.12.2009: Untersuchungsauftrag Schulbusverkehr

Herr Ebbinghaus trägt den Antrag der AL vor und geht auf die Problematik des Schulbusverkehrs in Radevormwald ein.

Er erklärt, dass viele Schulveranstaltungen außerhalb der üblichen Schulzeiten stattfinden. Andererseits werden durch Schulbuslinien Ortsteile angefahren, die vom Linienverkehr nicht oder nur selten bedient werden. Die AL-Fraktion bittet daher die Verwaltung, eine Integration des Schulbusverkehrs ÖPNV in den Linienverkehr zu prüfen und führt die Gemeinde Hövelhof als Beispiel für ein solches Projekt an.

Da dieses Konzept sicherlich Geld kostet, soll die Verwaltung beauftragt werden, die Kosten und auch die rechtlichen Auflagen und Hindernisse zu prüfen.

Herr Lorenz erklärt, dass dieses Thema bereits als Punkt im Strategiepaket des Ausschusses für Schule und Kultur aufgenommen sei und man dort letztendlich in die gleiche Richtung gehen möchte; er schlägt vor, dieses Thema auch dort zu behandeln.

Herr Schäfer erinnert daran, dass die Stadt Radevormwald einen Anteil an der OVAG erwerben möchte; in diesem Zusammenhang sollte eine Übernahme des Schulbusverkehrs durch die OVAG geprüft werden.

Der Rat der Stadt bittet die Verwaltung zu prüfen, unter welchen Bedingungen der Schulbusverkehr Teil der Gesamtleistung des ÖPNV wird, so dass die Schüler jederzeit kostenlos einen beliebigen Bus innerhalb des Stadtgebietes benutzen können und andererseits die sogenannten Schulbusse auch dem „Nichtschüler“ zur Benutzung offen stehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Haushalt 2010; Haushaltssicherungskonzept 2010 - 2013

Der Bürgermeister teilt mit, dass die vollständige Haushaltssatzung in den nächsten Wochen an die Ratsmitglieder versendet wird.

Er führt aus, dass die Haushaltssatzung zwar keine so genannte „Liste des Grauens“, aber in ihren Auswirkungen durchaus bedrohlich sei.

Ein Haushaltsausgleich sei nicht präsentierbar, daher sind massive Sparmassnahmen notwendig.

Herr Dr. Korsten erklärt, dass der Haushalt einen Verlust von 9,2 Mio. € ausweist, der durch die allgemeine Rücklage gedeckt werden müsse. Bei einer entspr. Entwicklung in den nächsten Jahren wäre die Rücklage im Jahre 2017 aufgebraucht.

Der Bürgermeister führt aus, dass bei den oberbergischen Gemeinden ein Gesamtdefizit von ca. 120 Mio. € besteht; daran ist zu erkennen, dass man es nicht mit einem Radevormwalder Problem zu tun habe.

Herr Dr. Korsten erklärt, dass die Stadt Radevormwald sich im Rahmen der Möglichkeiten der Herausforderung stellen wird und erläutert, dass der finanzielle Zusammenbruch der Beweis für das fehlerhafte Finanzsystem sei.

Er erklärt, dass ein finanzieller Rettungsschirm nicht nur für die Banken notwendig sei, sondern auch für die Kommunen erforderlich wäre, da die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auch auf diese durchschlagen.

Beispielhaft dafür geht er auf die Gewerbesteuereinnahmen ein, die von 14 Mio. € im Jahre 2008 auf 10 Mio. € im Jahre 2009 gesunken sind; in 2010 ist mit lediglich 8 Mio. € zu rechnen.

Auch der um 70.000 € geringere Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sei durch wegbrechende Einnahmen nicht zu beeinflussen, ebenso wenig wie die steigenden Ausgaben, wobei er die höhere Kreisumlage anführt.

Der Bürgermeister fordert, dass sich beispielhaft auch der Kreis ein Haushaltssicherungskonzept verordnen solle. Es sei nicht nachvollziehbar, dass der Kreis gegenüber den Kommunen äußert, er habe keine Sparpotenziale, diese aber gleichzeitig von den Gemeinden einfordert.

Herr Dr. Korsten führt weiter aus, dass zwar höhere Einnahmen im Gebührenbereich vorliegen, jedoch keine Erhöhung der Steuersätze geplant sei.

Er geht darauf ein, dass Radevormwald erstmals wieder seit 2005 Schlüsselzuweisungen erhalte. Die Tatsache, dass 2006 bis 2009 keine Schlüsselzuweisungen gezahlt worden seien, führe fälschlicherweise zu dem Schluss, dass Radevormwald in dieser Zeit eine reiche Kommune gewesen sei, und dies zeige die Absurdität des Finanzsystems.

Der Bürgermeister erklärt die Zurückhaltung bei den Personalaufwendungen. Da in den kommenden Jahren mit keiner finanziellen Erholung zu rechnen sei, muss die Verwaltung mit weniger Personal auskommen. Daher bittet er um Verständnis bei der Bürgerschaft dafür, dass diese Maßnahmen eine Leistungssenkung der Verwaltung nach sich ziehen können, und appelliert auch an die Politik, die Verwaltung dadurch zu unterstützen, indem sie diese nicht mit einer Flut von Anträgen, Prüfaufträgen und gutachterlichen Tätigkeiten überzieht.

Herr Dr. Korsten führt aus, dass die Sicherstellung der Liquidität nur durch eine Erhöhung der Kassenkredite von 20 auf 28 Mio. € möglich sei.

Er erklärt, dass man bei den wenigen Investitionen, die im Haushalt zu finden sein werden, drei Schwerpunkte gebildet hat: Wohnen, Arbeit und Bildung.

Er erwähnt, dass leider auch in eine Eigenkapitalaufstockung der Bäder-GmbH investiert werden muss.

Positiv sieht Herr Dr. Korsten das Zurückfahren der langfristigen Schulden.

Der Bürgermeister stellt den Haushalt unter das Motto: „Das Notwendigste ja, das Wünschenswerte geht nicht.“

Er geht auf die hohe Lebensqualität in Radevormwald ein und erklärt, dass zu prüfen sei, was zukünftig unabdingbar und was wünschenswert sei. Er führt aus, dass etliche Dinge, die von den Fachbereichen angemeldet waren, nicht im Haushalt berücksichtigt werden konnten. Als Beispiele führt er an, dass keine weiteren Förderanträge für das „Wasserquintett“ gestellt würden, kein Kühlraum für den Kommunalfriedhof angeschafft wird, dass Ersatzbeschaffungen für den Betriebshof verschoben werden, und dass aufgrund der Entwicklung der Kinderzahlen Gruppenschließungen in den Kindertagesstätten zwecks Einsparung von Personal- und Sachkosten vorgenommen werden müssten.

Auch der Kulturkreis sei betroffen, so Dr. Korsten. Zwar gebe es keine Veränderungen im Jahre 2010, vorgesehen sei jedoch eine Kürzung der Zuschüsse ab 2011.

Einsparungen wird es auch an Fahrzeugen und der Ausgehkleidung der Feuerwehr geben.

Der Bürgermeister erklärt, dass im 1. Halbjahr 2010 aufgrund deutlich sinkender Schülerzahlen eine Entscheidung zur Umstrukturierung der Radevormwalder Grundschulen durchzuführen sei. Dabei wird ein Schulstandort entfallen, erst danach können Veranschlagungen für Renovierungen an den Grundschulen durchgeführt werden.

Auch in anderen Schulen waren Streichungen erforderlich, so an der Toilettenanlage, der Spielanlage und dem Sonnenschutz der Aula der Hauptschule.

Herr Dr. Korsten fordert aber auch, dass in der Politik gespart werden müsse und weist auf die beim Betriebshof durch die Wahlkampfunterstützung in 2009 entstandenen Personalkosten in Höhe von 31.000 € hin.

Er fordert auf, den Begriff „Priorität“ wörtlich zu nehmen und weist darauf hin, dass die Stadt Radevormwald sich selbst das Notwendigste oft nicht leisten könne; darin sieht er eine Gefahr für die kommunale Selbstverwaltung.

Frau Ebbinghaus vermisst in den Ausführungen des Bürgermeisters die Stellungnahme zum Schreiben des Oberbergischen Kreises vom 4.12.2009, nach der die Voraussetzungen zur Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes nicht erfüllt sind.

Der Bürgermeister entgegnet, dass die Haushaltssicherungskonzepte der letzten Jahre nicht genehmigungsfähig waren und daher eine solche Verfügung des Kreises in jedem Jahr erfolgt; trotzdem muss der Haushalt eingebracht werden.

6. Gebühren für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen 2010

Herr Dr. Michalides fragt an, ob es nötig sei, die Rücklagen aufzubrauchen. Die Verwaltungskosten sind stark gesunken, die Gründe sind ihm nicht ganz klar. Insgesamt vermisse er die Transparenz in den Vorlagen.

Herr Meskendahl erwidert, dass eine Unterscheidung vorzunehmen sei zwischen der Aufstockung der Rücklagen nach dem KAG und den freiwilligen Rücklagen und führt als Beispiel die Rückzahlung des BAV bei der Abfallwirtschaft an, wie in der vergangenen Sitzung des Hauptausschusses besprochen.

Diese Rücklagen würden zur Gebührenkonstanz eingesetzt.

Anders verhält es sich laut Herrn Meskendahl mit den Überschüssen.

Nach dem KAG hat man 3 Jahre Zeit zur Auflösung der Rücklagen oder dem Abbau der Fehlbeträge.

Herr Viebach bittet die Verwaltung, dafür zu sorgen, dass den Ratsmitgliedern zukünftig die Niederschrift der die Ratssitzung vorbereitenden Hauptausschusssitzung rechtzeitig vor der Ratssitzung vorliegt.

Der Rat der Stadt beschließt die Änderung der Gebührensatzung für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen.

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgerm.)
4 Enthaltungen n (3 AL, 1 fraktionslos)

7. Straßenreinigungsgebühren für das Jahr 2010

Herr Rüggeberg spricht den Einsatz der Kleinkehrmaschine an und moniert, dass sich die vorliegende Kalkulation trotz der Einwände in der letzten Sitzung des Hauptausschusses nicht verändert habe.

Herr Meskendahl entgegnet, dass sich aufgrund der geringen Einnahmen von 300 € jährlich für einen einmaligen Einsatz der Kehrmaschine in Hückeswagen keine Änderung der Kalkulation ergibt.

Er erklärt, dass die Verwaltung sich aber aufgrund der Anregungen im letzten Hauptausschuss Gedanken darüber machen wird, wie man zukünftig stark ansteigende Reinigungsgebühren für den Innenstadtbereich verhindern kann.

Herr Rüggeberg führt aus, dass die Maschine in Radevormwald lediglich an drei Tagen pro Woche im Einsatz sei und erklärt, dass eine Vermarktung des Gerätes erforderlich sei. Eine Vergabe der Straßenreinigung wäre ansonsten günstiger.

Frau Gottlieb erläutert, dass der Einsatz der Kehrmaschine für private Zwecke durch das RPA geprüft worden sei; danach sei keine wirtschaftliche Betätigung möglich. Herr Nipken unterstreicht das ausdrückliche Verbot der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt. Aufgrund der Tatsache, dass die Kleinkehrmaschine nur bis zu 40 km/h fahren kann, ist der Einsatz in weiter entfernten Kommunen nicht möglich. Der Einsatz in Hückeswagen für eine zweitägige Veranstaltung betrug dort nur etwa 5,5 Stunden. Mehr Bedarf besteht von Seiten der Stadt Hückeswagen leider nicht.

Als Wiederbeschaffungswert der Maschine gibt Frau Gottlieb ca. 85.000 € an. Sie führt aus, dass die Kleinkehrmaschine mittwochs und samstags nach den Markttagen sowie mittwochs und donnerstags auch im übrigen Stadtgebiet in bestimmten Straßenzügen im Einsatz sei und erklärt, dass ihrer Meinung nach eine Änderung des Einsatzintervalls in der Innenstadt sicher nicht wünschenswert sei. Diese Sicht wurde auch im Hauptausschuss vertreten.

Sie informiert den Rat, dass der Vertrag mit der Firma Lobbe betr. Straßenreinigung zum 30.06.2010 gekündigt werde und ab dem 01.01.2011 die Straßen nur noch alle zwei Wochen statt bisher wöchentlich gereinigt werden kann.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Verwaltung sich mit dieser Thematik weiter beschäftigen und informieren wird.

Herr Haselhoff schlägt vor, darüber nachzudenken, die Kehrmaschine über die WFG zu vermarkten, worauf Herr Ebbinghaus entgegnet, dass dieser Vorschlag sicher nicht ganz einfach umsetzbar sein dürfte, da die Landespolitik die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen selbst bei Einschaltung eines kommunalen Wirtschaftsunternehmens, einschränkt.

Herr Ebbinghaus stellt die Frage, warum sich die Kosten des Betriebshofes in relativ kurzer Zeit so stark erhöht hätten. Wegen fehlender Personal- oder Sachkostensteigerungen wirken seiner Meinung nach andere Mechanismen, die er sich nicht erklären könne.

Herr Ebbinghaus stellt den Antrag, nicht über den kompletten Satzungsentwurf, sondern differenziert über die jeweiligen Gebührenarten abstimmen zu lassen.

I. Der Rat der Stadt beschließt die Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung hinsichtlich der Straßenreinigungsgebühren Sommerdienst für den übrigen Stadtbereich.

Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen (16 CDU, 9 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 1 fraktionslos, 1 Bürgerm.)
6 Nein-Stimmen (1 SPD, 3 AL, 2 proNRW)

II. Der Rat der Stadt beschließt die Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung hinsichtlich der Straßenreinigungsgebühren Sommerdienst für den Innenstadtbereich.

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen (16 CDU, 9 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 1 Bürgerm.)
7 Nein-Stimmen (1 SPD, 3 AL, 2 proNRW, 1 fraktionslos)

III. Der Rat der Stadt beschließt die Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung hinsichtlich der Straßenreinigungsgebühren Winterdienst.

Abstimmungsergebnis: 43 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 3 AL, 1 fraktionslos, 1 Bürgerm.)
2 Nein-Stimmen (proNRW)

8. Neufassung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Radevormwald über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)

Der Bürgermeister teilt mit, dass sich seit der letzten Hauptausschusssitzung neue Entwicklungen ergeben hätten.

Herr Meskendahl erläutert, dass die Berechnungen auf Anforderung der Kommunalaufsicht vorgelegt worden seien, die daraufhin mitgeteilt hat, dass - so wie von der Verwaltung vorgeschlagen - eine Neuberechnung rückwirkend ab dem Jahr 2007 zwingend erforderlich sei; auch die Abschreibung vom Wiederbeschaffungszeitwert aufgrund des Nothaushaltes rechtlich abgesichert sei.

Die Kommunalaufsicht bittet allerdings dennoch um erneute Prüfung vor der Beschlussfassung durch den Rat.

Danach sollte der Verteilungsschlüssel 60:40 für den Verschmutzerbeitrag Wupperverband noch einmal überprüft werden; bei einem Schlüssel von beispielsweise 70:30 stünde sich der Haushalt der Stadt Radevormwald, die ebenfalls zu den Verlierern der neuen Regelung gehört, besser, und es würde sich eine Verschiebung der Gebühren von der Stadt auf den Bürger ergeben.

Herr Meskendahl erklärt, dass man sich bereits mit der Abwassertechnischen Vereinigung in Verbindung gesetzt habe. Außerdem sind Gespräche mit dem Wupperverband Anfang 2010 geplant.

Herr Schäfer moniert, dass bei einer Änderung des Verteilerschlüssels zwar die Stadt und die Gewerbetreibenden entlastet, der Bürger aber belastet würde und ist nicht einverstanden mit der Belastung des „normalen“ Regenwassereinleiters.

Herr Dr. Korsten stimmt Herrn Schäfer zwar zu, dass bei einer Entlastung der Stadt Radevormwald auch andere Besitzer von großen versiegelten Flächen weniger belastet würden, zitiert aber eine Empfehlung des Oberbergischen Kreises, nach der zur Zeit vor der Prüfung von rechtsgültigen Kalkulationsalternativen, die zu einer geringeren Belastung des Haushalts der Stadt Radevormwald führen würden, von einer endgültigen Festsetzung der Gebührekalkulation abgesehen werden sollte. Der Bürgermeister ist der Meinung, dass nichts gegen die Einhaltung dieser Empfehlung sprechen würde.

Herr Meskendahl äußert, dass eine erneute Überprüfung durchaus auch ergeben könne, dass sich keine Verschiebungen ergeben.

Herr Müller verweist auf die Vergleichszahlen der Nachbarstädte und stellt die Frage, warum eine Neuberechnung erforderlich sei und man nicht bereits heute einen Beschluss fassen könne, worauf Herr Meskendahl erneut die Sachlage erläutert.

Die Frage von Herrn Klee, ob die Empfehlung der Kommunalaufsicht aufgrund eines Besuches eines Dritten dort erfolgt sei, wird seitens der Verwaltung bejaht.

Herr Ebbinghaus ist der Meinung, dass man anstreben sollte, die Verteilung rechtlich abzusichern und weist darauf hin, dass die AL bereits in der Vergangenheit die getrennte Abrechnung gefordert habe, diese Forderung seinerzeit aber von der CDU-Fraktion wegen der Belastung der Gewerbetreibenden zurückgewiesen habe; somit kann er der jetzigen Argumentation von Herrn Schäfer nicht folgen.

Nach seiner Meinung hätte man bereits früher die getrennte Veranlagung durchführen sollen; dadurch wären der Stadt Radevormwald hohe Investitionen in Regenrückhaltebecken erspart worden.

Herr Ebbinghaus bittet die Verwaltung, im Hinblick auf die Belastung der Unternehmen hinsichtlich der rückwirkenden Veranlagung über Stundungs- und Ratenzahlungsregelungen nachzudenken.

Herr Viebach beantragt an dieser Stelle das Ende der Debatte.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 1 FDP, 6 UWG, 1 Bürgerm.)
6 Nein-Stimmen (3 AL, 2 proNRW, 1 fraktionslos)

An der Abstimmung nehmen nicht teil: Frau, Bartholomäus, Herr Bleichert, Frau Pizzato, Herr Rüggeberg, Herr Schröder und Herr Tissarek.

Herr Klee beantragt für die SPD-Fraktion, über die Vorlage der Verwaltung abzustimmen.

Herr Ullmann bittet, darüber aufzuklären, wann endgültig über den Antrag der Verwaltung abgestimmt werden soll, sofern dem Antrag auf Vertagung heute stattgegeben werden sollte.

Man einigt sich darauf, zunächst über den Teilbereich „Kleineinleiterabgabe“ in der vorliegenden Fassung abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen (16 CDU, 9 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 1 Bürgerm.)
5 Nein-Stimmen (3 AL, 2 proNRW)
2 Enthaltungen (1 SPD, 1 fraktionslos)

Nun beantwortet der Bürgermeister die Frage von Herrn Ullmann dahingehend, dass man bestrebt sei, die Angelegenheit sofort prüfen zu lassen, um in der nächsten Ratssitzung im März 2010 die Vorlage erneut zur Abstimmung zu bringen. Jedoch hängt dies auch davon ab, wann die Vorlage von der Aufsichtsbehörde geprüft wird.

Es wird nun über den Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen (16 CDU, 6 FDP, 6 UWG, 3 AL, 2 proNRW, 1 Bürgerm.)
11 Nein-Stimmen (10 SPD, 1 fraktionslos)

9. Gebührensatzung Abfallentsorgung 2010

Auf die Frage von Herr Dr. Michalides, ob die Abhandlung zur Müllentsorgung schon vorliegt, beantwortet Herr Dr. Korsten dahingehend, dass dies bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses der Fall sein wird.

Frau Ebbinghaus fragt an, was mit dem eingesammelten Elektroschrott passiert, worin die Steigerung bei der E-Schrott-Entsorgung begründet sei und wie die Einkünfte aus dem E-Schrott verbucht werden.

Herr Dr. Korsten entgegnet, dass die Stadt zur Abfallentsorgung verpflichtet sei und der BAV die Verwertung vornimmt. Der BAV rechnet das Saldo aus Kosten und Einnahmen um; diese Summe fließt in die Kalkulation ein. Die Stadt sei nicht verantwortlich für die Art der Entsorgung, und bei der Kalkulation gehe es nicht um ökologische Fragen.

Frau Ebbinghaus erklärt, dass die Kalkulation der Gebühren hinsichtlich des Elektroschrotts nicht nachvollziehbar sei.

Der Rat der Stadt beschließt die Änderung der Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung.

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen (16 CDU, 9 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 1 Bürgerm.)
7 Nein-Stimmen (1 SPD, 3 AL, 2 proNRW, 1 fraktionslos)

10. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

Lt. Herrn Dr. Michalides beinhaltet die Vorlage der Verwaltung einen Rundungsfehler.

Der Rat der Stadt beschließt die 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen unter Berücksichtigung des gegenüber der Vorlage des Hauptausschusses geänderten Anteilssatzes der Beitragspflichtigen von 70 v.H. auf 60 v.H. unter Nr. 1 Anliegerstraßen, Buchst. f) unselbständige Grünanlagen.

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen (16 CDU, 9 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 1 Bürgerm.)
4 Nein-Stimmen (2 AL, 2 proNRW)
3 Enthaltungen (1 SPD, 1 AL, 1 fraktionslos)

11. Bebauungsplan Nr. 99 – Gewerbegebiet Ost, Teilabschnitt 4; Bereich nordwestlich Feldmannshaus

- a) Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung erfolgte Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände im Oberbergischen Kreis, eingegangen am 21.04.2009
 - b) Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung erfolgte Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises, eingegangen am 28.04.2009
 - c) Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung erfolgte Stellungnahme des Amtes für Bodendenkmalpflege, eingegangen am 22.05.2009
 - d) Abwägung und Beschluss über die während der Behördenbeteiligung erfolgte Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises, eingegangen am 21.07.2009
 - e) Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung erfolgte Stellungnahme des Landesbetriebes Wald und Holz NW, eingegangen am 07.08.2009
 - f) Bericht über die eingeschränkte und verkürzte Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes, Abwägung und Beschluss über die Stellungnahme des Oberbergischen Kreises, eingegangen am 08.10.2009
 - g) Satzungsbeschluss
-

- a) Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, der Anregung der Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände im Oberbergischen Kreis teilweise zu folgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- b) Herr Dr. Michalides erklärt, dass es seiner Meinung nach Sinn macht, der Anregung zu folgen und an dieser Stelle einen Kreisverkehr zu errichten.

Der Rat der Stadt beschließt, den Anregungen des Landrates des Oberbergischen Kreises nicht zu folgen

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 2 proNRW, 1 Bürgerm.)
10 Nein-Stimmen (6 UWG, 3 AL, 1 fraktionslos)

- c) Herr Dr. Michalides fragt an, warum den Bedenken nicht nachgekommen werden könne, da die Fa. ALDI doch sicherlich nicht sofort bauen will.

Der Bürgermeister entgegnet, dass das Unternehmen im Gegenteil mit der schnellstmöglichen Erteilung einer Baugenehmigung rechnet.

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, der Anregung des Amtes für Bodendenkmalpflege nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgerm.)
4 Nein-Stimmen (3 AL, 1 fraktionslos)

- d) Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, den Anregungen des Landrates des Oberbergischen Kreises nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgerm.)
3 Nein-Stimmen (AL)
1 Enthaltung (fraktionslos)

- e) Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, der Anregung des Landesbetriebes Wald und Holz NW zu folgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- f) Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, der Anregung des Landrates des Oberbergischen Kreises aus polizeilicher Sicht nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgerm.)
3 Nein-Stimmen (AL)
1 Enthaltung (fraktionslos)

- g) Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt gem. § 10 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 99 – Gewerbegebiet Ost, Teilabschnitt 4; Bereich nordwestlich Feldmannshaus – als Satzung und stimmt der Begründung einschließlich Umweltbericht gem. § 9 Abs. 8 BauGB zu.

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG,
2 proNRW, 1 Bürgerm.)
4 Nein-Stimmen (3 AL, 1 fraktionslos)

12. 2. Änderung der Friedhofsatzung

Der Rat der Stadt beschließt die 2. Änderung der Friedhofsatzung.

Abstimmungsergebnis: 44 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 3 AL
2 proNRW, 1 Bürgerm.)
1 Nein-Stimme (fraktionslos)

13. Feststellung der Gültigkeit der Kommunalwahl vom 30.08.2009

Der Rat der Stadt beschließt die Gültigkeit der Kommunalwahl vom 30.08.2009 gem. § 40 Abs. 1 Kommunalwahlgesetz.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Besetzung der Ausschüsse und Gremien

a) Der Bürgermeister verliert den zu diesem TOP nach der Einladung eingegangenen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU- und FDP als Listenverbindung zur Besetzung des Sparkassenzweckverbandes.

Herr Stark betont, dass sich auch die SPD für die im Antrag genannten Ziele einsetzt.

Herr Dr. Michalides fürchtet ein rechtliches Nachspiel durch die Listenverbindung und bittet den Bürgermeister um eine rechtliche Bewertung. Herr Dr. Korsten hält den Antrag für zulässig.

Der Bürgermeister fragt die einzelnen Besetzungsvorschläge der anderen Fraktionen ab.

Der Rat der Stadt stimmt über die gemeinsame Liste von CDU und FDP sowie den Vorschlägen der anderen Fraktionen zur Besetzung des Zweckverbandes der Sparkasse Radevormwald-Hückeswagen ab.

gemeinsame Liste CDU/FDP:	22 Stimmen (16 CDU, 6 FDP)
Vorschlag SPD:	10 Stimmen (SPD)
Vorschlag UWG:	6 Stimmen (UWG)
Vorschlag AL:	4 Stimmen (3 AL, 1 fraktionslos)
Vorschlag proNRW:	2 Stimmen (proNRW)

Somit ergibt sich folgende Besetzung:

Enneper, Horst (CDU)
 Jung, Olaf (CDU)
 Lunderstädt, Dietrich (CDU)
 Schäfer, Rolf (CDU)
 Röhlig, Rainer (FDP)
 Rieger, Dr. Jörg (SPD)
 Graß, Detlef (SPD)
 Steinmüller, Klaus (UWG)
 Michalides, Dr. Axel (AL)

Vertreter:
 Schulte, Rolf (CDU)
 Bartholomäus, Ingrid (CDU)
 Lorenz, Thomas (CDU)
 Weber, Dr. Jörg (CDU)
 Krauskopf, Rafael (FDP)
 Grüterich, Margot (SPD)
 Müller, Arnold (SPD)
 Brand, Ursula (UWG)
 Ebbinghaus, Rolf (AL)

b) Der Rat der Stadt beschließt, folgende Mitarbeiter der Verwaltung in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes der civitec zu entsenden:

Medek, Reiner
 Vertreter: Voß, Rolf

Abstimmungsergebnis: einstimmig

c) Der Bürgermeister fragt die einzelnen Besetzungsvorschläge der Fraktionen ab.

Der Rat der Stadt stimmt über die Vorschläge der Fraktionen zur Besetzung der Verbandsversammlung des Wasserversorgungsverbandes ab.

Vorschlag CDU:	16 Stimmen (CDU)
Vorschlag SPD:	10 Stimmen (SPD)
Vorschlag FDP:	6 Stimmen (FDP)
Vorschlag UWG:	6 Stimmen (UWG)
Vorschlag AL	3 Stimmen (AL)
Vorschlag proNRW	2 Stimmen (proNRW)
Vorschlag fraktionslos	1 Stimme (fraktionslos)

Somit ergibt sich folgende Besetzung:

Busch, Dietmar (CDU)	Vertreter:
Kötter, Rosemarie (SPD)	Viebach, Christian (CDU)
Röhlig, Rainer (FDP)	Rieger, Dr. Jörg (SPD)
Steinmüller, Klaus (UWG)	Krauskopf, Rafael (FDP)
	Hoffmann, Eric (UWG)

d) Der Rat der Stadt stimmt dem vorliegenden Antrag der FDP- Fraktion auf Umbesetzung im Ausschuss für Sport und Tourismus zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

e) Der Rat der Stadt stimmt dem vorliegenden Antrag der FDP- Fraktion auf Umbesetzung im Ausschuss für Schule und Kultur zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

f) Der Rat der Stadt stimmt den aktuellen Vorschlägen der Kirchen und Verbände zur Besetzung des Jugendhilfeausschusses zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

g) Der Rat der Stadt wählt folgende Fraktionsvorschläge für den Seniorenbeirat:

Enneper, Horst (CDU)	Willmann, Rudi (CDU)
Voß, Rotraud (SPD)	Förster, Detlef (SPD)
Sensburg, Karin (FDP)	Kanter, Claus (FDP)
Fischer, Karl-Heinz (UWG)	Nowara, Werner (UWG)
Schaub, Manuel (AL)	Ebbinghaus, Christopher (AL)
Kaiser, Iris (proNRW)	Vierregge, Sascha (proNRW)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

h) Der Rat der Stadt stimmt dem vorliegenden Antrag der proNRW-Fraktion auf Entsendung beratender Mitglieder in die genannten Ausschüsse zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

i) Der Rat der Stadt stimmt dem vorliegenden Antrag der UWG-Fraktion auf Umbesetzung in den Ausschüssen für Schule und Kultur/Soziales, Sport und Tourismus zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Über-/außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

a) **Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Brandschutzmaßnahmen des Theodor-Heuss-Gymnasiums**

b) Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Ausgaben 2009

a) Herr Schröder bemängelt, dass der Mehraufwand in Höhe von 200.000 € ohne vorherige Kenntnisnahme des Rates geleistet worden sei. Dies soll laut Frau Gottlieb zukünftig abgestellt werden.

Herr Ebbinghaus fragt an, wie es zu Minderaufwendungen bei den Energiesparmassnahmen kommt.

Frau Gottlieb erklärt, dass aufgrund der Haushaltssperre diese Haushaltsstelle um 20 % gekürzt worden ist.

Die Frage von Herrn Jung, worin die hohen Kosten für das Ausräumen der Klassen- und Fachräume begründet liegen, beantwortet Frau Gottlieb dahingehend, dass zwar einige Ausräumarbeiten durch Schüler und Lehrpersonal durchgeführt werden konnten, für die Fachräume (z.B. Chemie- und Biologie) jedoch eine Fachfirma für Transporte und Zwischenlagerung beauftragt werden musste.

Aufgrund der Tatsache, dass alles während des laufenden Betriebes und die Eintaktung nach Gewerkefortschritt erfolgen musste, war oftmals ein zügiges Handeln erforderlich.

Der Rat der Stadt beschließt den außerplanmäßigen Aufwand in Höhe von 200.000 € (4.000017.790.300) für die Brandschutzsanierung im Theodor-Heuss-Gymnasium durch die Deckung der Minderaufwendungen bei den Energiesparmaßnahmen an diversen städt. Gebäuden (4.000035.790.300)

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgerm.)
 1 Nein-Stimme (fraktionslos)
 3 Enthaltungen (AL)

b) Die Fragen von Herrn Ebbinghaus zu Ausgaben der Realschule und der Kita Sprungbrett werden von Frau Butz beantwortet.

Der Rat der Stadt nimmt die Liste der über- und außerplanmäßigen Ausgaben zur Kenntnis.

16. Genehmigung von Haushaltsmitteln im Haushaltsjahr 2010

a) Straßenbau im Bebauungsgebiet Loh´sche Weide

b) Jahresvertrag Straßenunterhaltung für die Jahre 2010 – 2013

Herr Meskendahl erläutert die Vorlage der Verwaltung. Er führt aus, dass normalerweise bei Investitionen Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Da eine hohe Nachfrage nach den Grundstücken im Bebauungsgebiet Loh´sche Weide vorliegt, ist beschlossen worden dass die Lose 1 und 2 gemeinsam ausgeschrieben werden. Da der Auftrag noch vor der Verabschiedung des Haushaltes ohne Verpflichtungsermächtigung erteilt werden soll, ist die vorgeschlagene Vorgehensweise notwendig.

Herr Schröder bemängelt die schwere Verständlichkeit der Vorlage.

a) Der Rat der Stadt beschließt die im Entwurf der Haushaltssatzung 2010 veranschlagten Investitions-Auszahlungen in Höhe von 350.000 € für den Straßenbau im Bebauungsgebiet Loh´sche Weide (5.000062.700.300) zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgerm.)
 4 Nein-Stimmen (3 AL, 1 fraktionslos)

b) Der Rat der Stadt beschließt die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von jährlich 80.000 € im Finanzierungszeitraum 2010 – 2013 für den Jahresvertrag der Straßenunterhaltung (Produkt: 1.12.01.01.01/Sachkonto: 523200).

Abstimmungsergebnis: 43 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 1 AL, proNRW, 1 fraktionslos 1 Bürgerm.)
 2 Enthaltungen (AL)

18. Mitteilungen und Fragen

- a) Herr Meskendahl berichtet zum Thema Breitbandausbau in den Wupperorten.

Er führt aus, dass nach dem Ratsbeschluss im Juni 2009 die WFG Kontakt mit dem Bürgerverein der Wupperorte aufgenommen habe und gemeinsam verschiedene Lösungsansätze ausgearbeitet worden habe. Beispielhaft führt Herr Meskendahl eine mögliche Verlegung von Leitungen über städtische Kanalanlagen sowie eine Nutzung der Bahnanlagen von Wuppertal-Beyenburg an. Letztgenannte Alternative scheiterte aber an der Regulierungsbehörde. Eine oberirdische Verbindung zwischen Telegrafstraße und Herkingrade wird derzeit von der Telekom favorisiert; dort läuft momentan eine so genannte Feinplanung zu dieser Alternative.

Die Möglichkeit der Anbindung der Wupperorte über Richtfunk wird lt. Herrn Meskendahl wegen nicht optimaler Technik zwar auch in die Untersuchungen eingebunden, jedoch nicht favorisiert.

Weitere Alternativen bieten sich in einer Anbindung von Remscheid-Lennep-Hackenberg über Krebsöge; neue Chancen werden auch gesehen durch das Baugebiet Loh'sche Weide; eine Leitungsführung von Radevormwald-Zentrum über Bergerhof Richtung Wupperorte mit der gleichzeitigen Versorgung des Neubaugebietes wäre denkbar.

Herr Meskendahl berichtet von guten Gesprächen und rechnet im 1. Quartal 2010 mit dem Abschluss der Feinplanung bei der Telekom und mit der Vorstellung eines Ergebnisses im 2. Quartal 2010. Er bedankt sich bei Herrn Schmale vom Bürgerverein der Wupperorte für die gute Zusammenarbeit.

- b) Frau Ebbinghaus erinnert an eine Gepflogenheit früherer Jahre, als der Rat der Stadt in seiner letzten Sitzung im Jahr für einen guten Zweck gesammelt hat, und schlägt vor, für den Verein Rade Integrativ eine derartige Sammlung durchzuführen.

Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass die Sammelergebnisse der letzten Jahre sehr schlecht gewesen waren, rät aus diesem Grunde von einer derartigen Aktion ab und regt zu eigenen Spenden an.